



blick punkt

Nr. 264
Dezember 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF



Alles schon vergessen?

Am 1. September 1939 begann Hitler den Zweiten Weltkrieg. Er kostete 50 Millionen das Leben. 35 Millionen kamen verkrüppelt aus den Schlachten. Deutschland verlor in diesem verbrecherischen Krieg über sechs Millionen, Polen sechs Millionen, die Sowjetunion über 20 Millionen Menschen. Deutschland verlor seine Ostgebiete, 17 Millionen Deutsche ihre Heimat.

Allein in Mörfelden gab es bei damals 5487 Einwohnern 224 Gefallene, über 200 wurden vermißt und kehrten niemals heim. Das bedeutet, daß jeder dritte Mörfel-

der im wehrpflichtigen Alter im Krieg geblieben ist. Im Stadtteil Walldorf gibt es ähnliche Zahlen. Hinter diesen nüchternen Zahlen verbergen sich namenloses Leid von Müttern, denen der Sohn fiel, von jungen Frauen, die den Vater ihrer Kinder verloren.

In den faschistischen Vernichtungs- und Konzentrationslagern, in Zuchthäusern und Gefängnissen wurden während des Krieges rund 8 Millionen Menschen verschiedener Nationalität ermordet. Die jüdischen Familien in Mörfelden und Walldorf, die sich vorher nicht durch Flucht retten konn-

ten, wurden im März 1942 abgeholt, deportiert, ermordet.

Der Zweite Weltkrieg forderte von der Menschheit ungeheure Opfer an Gut und Blut. 35 Millionen wurden Kriegsversehrte. 72 Armeen befanden sich im Kriegszustand, die Kosten für die Kriegführung betragen insgesamt 935 Milliarden Dollar. Bei Bombenangriffen wurden in Deutschland 3,6 Millionen Wohnungen zerstört und 7,5 Millionen Einwohner wurden obdachlos. Als Folge des faschistischen Krieges hatten Millionen Menschen ihre Heimat verloren. Die meisten Industriezentren wurden dem Erdboden gleichgemacht. In Deutschland und überall in Europa herrschten Hunger und Not.

Heute marschieren wieder die neuen Nazis. Ist denn wirklich schon alles vergessen?

*Allen unseren
Leserinnen und
Lesern
wünschen wir
erholsame
Feiertage und ein
friedliches Jahr
1993*

**DKP
MÖRFELDEN-WALLDORF**

Wohnungsnot auch in unserer Stadt

Die DKP-Fraktion fragte den Magistrat nach der Wohnungssituation in Mörfelden-Walldorf. Aus der Antwort wird ersichtlich, in Sachen Wohnungsnot gibt es keine Entwarnung.

Es gibt viele Wohnungsnotstandsfälle, kinderreiche Familien und Alleinerziehende sind besonders betroffen.

Die Hoffnung, die US-Streitkräfte würden abziehen und Wohnungen freiwerden, zerschlugen sich. Die Zahl der Angehörigen der US-Army ist sogar angewachsen. Insgesamt fallen 1.274 Personen in unserer Stadt unter das NATO-Statut. Für diesen Personenkreis gibt es noch nicht einmal eine polizeiliche Meldepflicht. Höchste Zeit, daß diese Wohnungen dem zivilen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

In unserer Stadt gibt es seit Jahren Wohnungsnot. Neubauten sind meist "Tropfen auf den heißen Stein". Der Ausbau des hiesigen Industrie- und Gewerbegebietes hat auch zur Folge, daß der Siedlungsdruck wesentlich angewachsen ist. Deshalb muß vor allem hier gebremst werden.

Knappe Güter werden teuer, so ist es auch bei Wohnungen. Grundeigentümer und Vermieter profitieren davon. Mieter und Wohnungssuchende sind die Leidtragenden. Zu allem Überfluß haben jetzt auch noch die Richter Eigentümern und Spekulanten in die Hände gespielt: Sie haben das Geschäft erleichtert, Mietwohnungen zu modernisieren, um sie dann als teure Eigentumswohnungen zu verkaufen. Tausende müssen in Deutschland jetzt mit Kündigung und Räumungsklage rechnen; doch die Politik bleibt untätig.

Neben der Arbeitslosigkeit wächst sich der Wohnungsmangel zu einer gewichtigen Ursache sozialer Bedrängnis aus. Seit Jahren fehlen Hunderttausende von Wohnungen. Die Folge: Wer 2000 DM und mehr für die monatliche Miete aufbringen kann, hat keine Probleme. Teure und luxuriöse Wohnungen sind selbst in

den Ballungsräumen zu haben. Doch die übrigen 80 Prozent der Bevölkerung, diesolcheastronomischen Mieten nicht berappen können, müssen sich mit wachsenden Problemen herumschlagen.

Von Jahr zu Jahr verteuern sich die Mieten, in den neuen Bundesländern gleich um ein vielfaches. Auch in den alten Bundesländern sind die Bremsen für Mieterhöhungen bei laufenden Verträgen gelockert worden. Noch schlimmer sind all die dran, die eine Wohnung suchen, seien es junge Leute, die einen eigenen Haushalt gründen, seien es Menschen, die umziehen müssen, etwa wegen Arbeitsplatzwechsels. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit normalem Verdienst können in den Großstädten und ihrem Einzugsgebiet die Mieten im frei finanzierten Wohnungsbau nicht mehr bezahlen. Gleiches gilt für den Kaufpreis von Eigentumswohnungen. Am ärgsten be-

troffen sind Arbeitslose, die neben dem Arbeitsplatz oft auch noch die Wohnung verlieren, weil die Unterstützung für die Miete nicht reicht. Das alles war seit langem vorauszu-sehen. Vor 15 Jahren bereits wußte man, welche Entwicklung die Bevölkerung nehmen würde. Damals waren die geburtenstarken Jahrgänge gerade auf der Schule. Man wußte von der Notwendigkeit wachsender Mobilität und dem Trend zu Kleinfamilie und Einzelhaushalt. Der bevorstehende Bedarf an Wohnungen war exakt berechenbar.

Dennoch hat die CDU-FDP-Koalition als eine ihrer ersten Taten den sozialen Wohnungsbau praktisch eingestellt. Was blieb, war die Fortführung des Wohngeldes - jenes ebenso bürokratischen wie entwürdigenden Verfahrens der sozialen Fürsorge. Und - selbstverständlich - blieb die steuerliche Privilegierung der Eigentumsförderung. Wer sich teure Eigenheime und Eigentumswohnungen leisten kann, spart Steuern; je mehr er verdient, desto mehr! Davon mögen auch manche Angestellte und Facharbeiter Nutzen ziehen. Doch jeder zweite Bundesbürger wohnt zur Miete - und geht folglich leer aus.

Wir werden sehen . . .

Nun wird es also bald losgehen, mit dem Umbau des alten Rathauses in Mörfelden. Bücher und Kultur sollen rein - billig wird's nicht. Die letzten Jahre des alten Hauses waren aufregend. Erst wollte es die SPD abreißen lassen, dann wurde es Massagepraxis, dann zahlte die Stadt dem Pächter eine hohe Summe, damit er früher rausgeht, dann stand der Laden erst einmal lange Zeit leer und es begann mühselig die Diskussion über die künftige Nutzung. Bis man sich einigte. Es wird: "Kulturcafé, Literaturcafé, Stätte der Kommunikation und Begegnung". Für uns wären auch andere Nutzungsmöglichkeiten denkbar gewesen. Die in der Kirchgasse, in angemieteten Räumen arbeitende Verwaltung hätte einziehen können. Man hätte an ein Haus für Vereine, an eine Nutzung für größere Familienfeste denken können. Das größte Bauchweh hatten wir, als die Kostenschätzungen auf den Tisch

kamen. 1,6 Millionen für den Umbau. Dabei wird es nicht bleiben. (Es ist richtig, wenn Kommunalpolitiker da zögerlich werden und darüber nachdenken, ob es dafür nichts wichtigeres zu erledigen gäbe.)

Jetzt ist das alles Schnee von gestern. SPD, Grüne und DKP stimmten für den Kulturbetrieb. Die CDU wollte das Rathaus privatisieren, und das wäre ja wohl das allerletzte gewesen. Wie weiter? Wenn die Sache erst einmal läuft, dann muß man darauf achten, daß sich der Betrieb nicht zu einem elitären Yuppie-Kulturtreff entwickelt.

Ein älterer Mörfelder fragte vor kurzem auf dem Weihnachtsmarkt: "Werden in das Café auch ältere Leute rein-gehen können?" Die Frage ist berechtigt.

Ein paar Fragezeichen stehen zweifellos nach wie vor im Raum - aber niemand will auch, daß ein Stadtzentrum abends aussieht, wie die Niederräder Bürostadt. Sie soll lebendiges Zentrum sein. Die Chancen dazu sind immerhin gegeben.



Unser Interview

Du bist in der Kommunalpolitik kein Unbekannter, stelle Dich trotzdem unseren Lesern einmal kurz vor.

Nun, seit gut 25 Jahren wohne ich in Mörfelden, bin verheiratet, habe einen 22jährigen Sohn. Ich arbeite in einem großen Zeitungsbetrieb in Frankfurt in Schichtarbeit, bin dort Vertrauensmann und Betriebsrat. 1976 zog ich erstmals ins Mörfelder Parlament ein. Bin jetzt ca. 10 Jahre Stadtverordneter. Privat bin ich Kleingärtner und ein wenig Sportler (im letzten Jahr lief ich meinen 20. Marathonlauf, umrundete den Bodensee - 220 km - in 8 Stunden mit dem Fahrrad, absolvierte eine Schweizfahrt von ca. 1000 km in 6 Tagen, fahre Ski - Abfahrt als auch Langlauf.

Und wie bekommst Du das alles unter einen Hut?

Das ist oft kompliziert. Manchmal habe ich ein schlechtes Gewissen - meiner Familie gegenüber - aber auch gegenüber den Erfordernissen. Wer zum Beispiel in einem Betrieb arbeitet, muß sich - so meine Meinung - doch um seine Interessen und die seiner Kollegen kümmern. Das hat nichts mit Pöstchenjägeri zu tun. Kritisch sein gegenüber seiner Umgebung ist eine Lebenseinstellung. Wer einen sitzenden Beruf hat, muß sich in seiner Freizeit bewegen. Bewegung bedeutet auch Lebensfreude - und das mit dem Marathon, das kommt mit dem Verein, mit den Sportfreunden, man motiviert sich gegenseitig.

Deine 10jährige Stadtverordnetentätigkeit war geprägt durch viele große Ereignisse im politischen Bereich...

...und ob, 1977 ist die Fusion mit Walldorf erfolgt. Der Kampf gegen "Waldfelden". Die Startbahnauseinandersetzungen, die Großprojekte wie Verbundwasserwerk, Abwasserbeseitigung - ein "Dauerbrenner" -, die Verkehrskonzeptionen, die Altstadtbereiche - Boninhaus, Waldenserhaus - und Goldener Apfel, altes Rathaus, Ärztehaus, Altenzentrum...

Warum kandidierst Du?

Wollte ich ein geruhsames Leben, würde ich die Laufschuhe öfters anziehen und durch den Wald joggen. Doch Demokratie bedingt, daß man sich einbringt. Auch der Arbeiter, der Schichtarbeiter, muß sich aktiv zeigen, wenn seine und die Interessen seiner Gleichgestellten verfochten werden sollen. Demokratie ist mehr, als alle vier Jahre ein Kreuzchen zu machen. Gerade dies ist für mich auch die Lehre aus der jüngsten politischen Vergangenheit.

Wie siehst Du die Entwicklung der Stadt, welche Vorstellungen hast Du für die Zukunft?

Der Handlungsspielraum des Parlamentes wird begrenzt durch die finanziellen Möglichkeiten. Es muß Schluß sein mit der ständigen Ausweitung von Baugebieten. Je mehr Gewerbegebiete, je mehr Siedlungsdruck, je größer die Ausgaben zur Ver- und Entsorgung, je größer die Verkehrsprobleme, die Luftverschmutzung, die Lärmzunahme... Soviel Gewerbe- und Industrieansiedlung hatte unsere Stadt noch nie - aber auch noch nie so hohe Schulden. Es fehlt an Kinderkrippen-, -garten- und -hortplätzen, an Sportflächen, an bezahlbaren Wohnungen, die Verkehrsverbindungen, die -sicherheit, die beiden Bundesstraßen führen immer noch durch die Stadt, die Bahn will mit 200 Sachen durchfahren, die Altstädte bedürfen der Sanierung und Erhaltung... Trotz der Gewerbegebiete, trotz Hochkonjunktur hat die Koalition fast alle Gebühren und Abgaben drastisch erhöht und man denkt über neue Erhöhungen nach. Da ist Kritik und Opposition notwendig! Wer, wenn nicht wir, sagen in der Kommunalpolitik, daß viele Probleme im sozialen Bereich nicht spezifisch Mörfelden-Walldorfer

DKP

Offene Liste

**... dran denken
am 7. März 1993**

Probleme sind, z.B. die Wohnungsnot - sie wurde wesentlich mit verursacht durch eine falsche Politik des Bundes und der Länder; die Schulden sind wesentlich verursacht durch weitere Aufgabenübertragung auf die Kommunen und mangelnde Finanzausstattung durch Bund und Länder. Auch der Kreis greift immer dreister in den Stadtsäckel. Dieser Entwicklung kann man doch nicht durch Gebührenerhöhungen abhelfen? Ich sehe den Zusammenhang von "großer" und "kleiner" Politik - das Nachfolge-Sparmodell des "Jägers-90" kostet 90 Mill. Mark pro Stück, ein Kindergarten ca. 2. Mill. Da das Geld nicht zweimal ausgegeben werden kann...

Meinst Du die DKP Offene Liste hat eine Chance wieder ins Parlament zu kommen?

Warum nicht? Ich schätze, daß 90% unserer bisherigen Wähler uns nicht gewählt haben, weil sie den Sozialismus wollten, sondern weil sie die Ortspolitik durchschaubarer haben wollten, weil sie eine Opposition für notwendig hielten. Die Wähler werden uns daran messen, ob wir dieser Oppositionsrolle gerecht wurden. Wenn die Bürger weiterhin über den "blickpunkt" über kommunales Geschehen informiert werden und eine konstruktive Opposition gegen die Etablierten im Parlament haben wollen, dann bin ich sicher, werden wir ein Ergebnis wie in dieser Legislaturperiode haben.

Auch wir können nur so informativ schreiben, wie wir Informationen aus Parlament und Magistrat haben. Und aus meinen Erfahrungen heraus kann ich sagen: "Linke Opposition ist und bleibt notwendig!"

Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition

Auch in der Kommune Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zurückdrängen

Seit Monaten werden in Deutschland täglich Übergriffe gegen Ausländer begangen und Anschläge auf ihre Wohnungen und Asylbewerberunterkünfte verübt. Die Täter schrecken auch vor Mord und Totschlag nicht zurück. Es gibt immer noch Gleichgültigkeit, heimlich und offen wird sogar Sympathie für rechte Gewalttäter geäußert.

Das alles kommt nicht von ungefähr. Seit langem kommen, nicht zuletzt von der CDU/CSU, schlimme Hetzparolen in die Debatte. Begriffe wie "Flüchtlingsschwemme", "Asylantenflut" oder "Scheinasylanten" vernebeln viele Gehirne. Die Akzeptanz rechtsextremistischer Parteien wächst. Ein halbes Jahrhundert nach der Befreiung vom Faschismus müssen Menschen wieder fürchten, von Deutschen wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder ihres Andersseins bedroht, verfolgt oder gar ermordet zu werden.

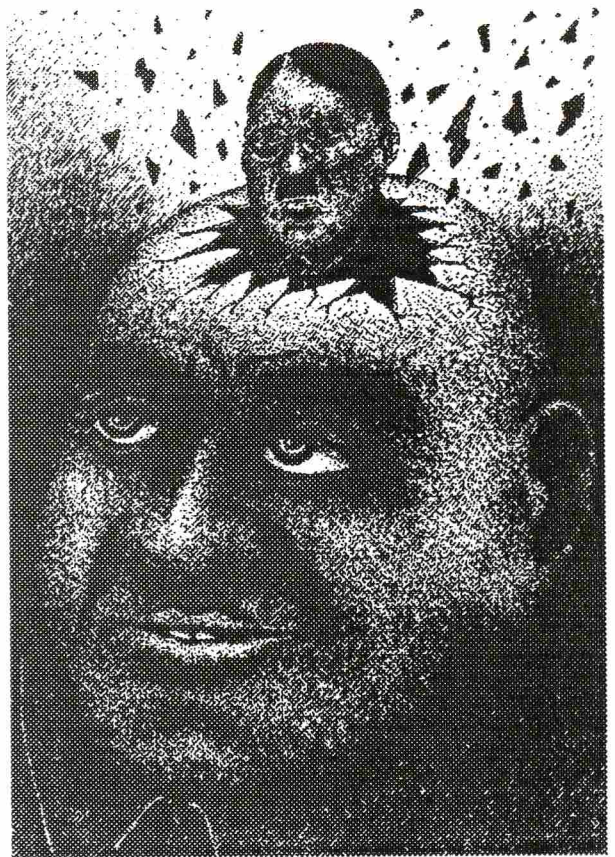
Die Anwesenden der "DKP/Offene Liste"-Versammlung stellen sich entschieden gegen diese Entwicklung. Die Versprechungen der Bundesregierung bei der Vereinigung Deutschlands und eine verfehlte Sozial-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik haben viele Menschen in Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit getrieben. Dumpfe Ängste wurden geweckt. Vor 50 Jahren waren es Juden, Kommuni-

sten, Sozialdemokraten, die "an allem Schuld" waren - heute müssen Flüchtlinge und Ausländer als Sündenböcke herhalten.

In dieser Situation müssen wir ausländerfeindlichen Parolen auch in der Kommune - andere Forderungen entgegenzusetzen.

Wir brauchen mehr gemeinsame Arbeit mit den Bürgern anderer Rasse oder Nationalität. Wir wollen die schnelle Einrichtung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausländerbeiräte. Wir fordern für unsere ausländischen Mitbürger das Kommunalwahlrecht.

Wir fordern mehr öffentliche Information und Aufklärung über die Ursachen der Flüchtlingsbewegungen. Solange der Kapitaltransfer von Süd nach Nord nicht gestoppt und umgekehrt wird, werden diese Ursachen weiter wirken. Viele Asylsuchende sind Opfer der internationalen Ausbeutung und neokolonialistischer Ausplünderung sogenannter Entwicklungsländer. Wir sagen: Verschwinden muß der Hunger - nicht der Hungerige!



In der Zeit des Faschismus wurden auch in unserer Stadt Juden vertrieben und ermordet. Mitglieder der Kommunistischen Partei, Sozialdemokraten und parteilose Antifaschisten wurden lange Jahre grausam verfolgt. Im Stadtteil Walldorf gab es die Außenstelle des KZ Natzweiler, in der ungarische Jüdinnen gequält und ermordet wurden. Die DKP hat in den vergangenen Jahren durchgesetzt, daß Gedenkstätten eingerichtet wurden, daß diese Vergangenheit nicht vergessen wird. Heute ist es erneut wichtig, an diese Zeit zu erinnern.

Wir fordern die uneingeschränkte Erhaltung des Artikels 16 des Grundgesetzes, in dem es heißt: "... Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Wir unterstützen alle Aktionen gegen Fremdenhaß und Rassismus und wollen dies auch unseren Partnerstädten Vitrolles und Wageningen signalisieren.

Wir erklären:

Wir stellen uns jeglicher rassistischer und neofaschistischer Äußerung entgegen.

Wir stellen uns schützend vor unsere ausländischen Mitbürger!



Ein aktueller Gedanke. Fotografiert am Walldorfer Heimatmuseum.

475 Kitaplätze fehlen

Die DKP fragte den Magistrat, wie es mit dem gesetzlichen Anspruch steht, wonach für jedes dreijährige Kind ein Kindergartenplatz bereitstehen muß. Die Antwort fiel deprimierend aus. Wenn das Bundesgesetz in Kraft tritt (1.1.1996) fehlen 475 Kindertagesstättenplätze in unserer Stadt. Vorausgesetzt, daß in den nächsten drei Jahren die beiden geplanten Kitas gebaut werden, bestünde dann immer noch ein Bedarf von 5 Einrichtungen. Beiläufig: Leider sind CDU, aber auch SPD und Grüne meist zögerlich, wenn es darum geht von Bund und Land mehr Mittel für kommunale Zwecke zu fordern.

"Stümperhaft"

Alles sollte man unterstützen und gutheißen, was die Situation zu verbessern vorgibt. So sehen wir auch die Aktion der Bürgermeister und des Kreises in Sachen Befragung der Bahnbenutzer. Legt man den Bahnverantwortlichen die Ergebnisse vor, haben diese sicher mehr Gewicht als gute Argumente der Politiker. Doch die Befragungsaktion war halbherzig fast stümperhaft durchgeführt. Da steht eine Person morgens auf dem Bahnsteig und verteilt die Fragebogen. Einen Teil der Reisenden, die den anderen Zugang zu den Bahnsteigen benutzen, wurden nicht erreicht. Vor dem Bahnhofseingang stand die Kiste für die Antworten. Wer von Ffm. zurückkam und den Bericht einwerfen wollte, mußte einen Umweg laufen. Am nächsten Tag wollte ich den Bogen einwerfen, doch da war die Kiste schon weg. Jetzt konnte ich bis zum 15.12. auf den Rathäusern die Antwort abgeben, also wieder einen extra Weg. Ob die Leute soviel zusätzliche Anstrengung aufbringen? Oder interessiert das Frageergebnis gar nicht? rd

Mängel an den Bahnhöfen und wie man damit umgeht

Wie oft wurden schon die Mängel an den Bahnhöfen benannt, wie oft wurden schon Anträge zur Verbesserung gestellt und mehrheitlich angenommen. Auch zum Haushalt '93 haben die DKP und die CDU Anträge gestellt - es sollen endlich überdachte Fahrradstellplätze, vermehrte Parkflächen für "park-and-ride", Toilettenanlagen auch für das Wochenende und die Abendstunden eingerichtet werden. Und siehe da - die Koalition aus SPD und Grüne haben sich die Ideen angeeignet, haben einen "umfassenden" Antrag formuliert. Und der Bürgermeister verteidigt, das ist eben notwendig gewesen - ein Antrag für ein "Gesamtkonzept". Nun wissen wir aber aus Erfahrung, daß ein Antrag für ein Konzept meist noch keine Abhilfe schafft. Somit ist Taktik erkennbar - sie geben vor etwas zu tun, haben das Thema "besetzt" und bis ein Plan vorliegt, vergeht wieder ein Jahr, in dem nicht passiert.

Scheinheilig

Wer die rechtsradikale Szene beobachtet und sich eine Meinung bildet, sollte es sich nicht zu leicht machen. Sehr oft wird das Umfeld der Steine und Brandsätze werfenden Jugendlichen übersehen. Trägt nicht auch die starke Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern zu der Perspektivlosigkeit junger Menschen bei? Dieser Tage war in der Presse zu lesen, daß trotz gewisser Schönmeldungen der Bundesregierung noch mit 50- bis 70000 Jugendlichen zu rechnen sei die nach ihrer Schulentlassung keine Lehrstelle bekamen. Auch das Prunkstück der Firma Opel in Eisenach, das der Kanzler einweihete, hat keinen einzigen Lehrling. Das gleiche wurde von vielen anderen Treuhandbetrieben berichtet. Was hilft es da, wenn die Firma Opel zur Ergreifung der Täter von Mölln 50.000 DM zur Verfügung stellte? Hier wären gute Ausbildungsprogramme für junge Menschen, die im Zeitraffer

mit dem Zusammenbruch ihrer sozialistischen Welt fertig werden müssen, notwendig. Das kann nicht gut gehen, im Osten wie auch im Westen nicht. Auch bei uns in den westlichen Ländern gehörte in den vergangenen 10 Jahren ein wachsender Teil der Jugendlichen zu den Verlierern des Konkurrenzkampfes und die Spende von Opel in Mölln kann nur als scheinheilig betrachtet werden. HH

Hirnverbrannt

In den letzten Wochen war es auch in der Flughafenregion manchmal sehr windstill. Dreck und Abgase von Flugzeugen und Autos blieben hängen. In den Wartezimmern der Ärzte wurde mehr gehustet.

In der Zeitung stand: "Gerade noch ein Drittel der Bäume in unserer Gegend ist noch gesund."

Gleichzeitig war zu lesen, die Luft hansa will mehr Kurzstrecken übernehmen, die eigentlich für die Bahn gedacht waren.

Nur ein paar Fragen

Ausschußwoche im Rathaus. Altes Thema - der Kommune fehlt Geld. Auch die hiesigen Schwarzen voll in der Diskussion.

Am gleichen Abend wird ein paar politische Etagen höher beschlossen: "Der Jäger 90 wird doch gebaut". Geschätzte Kosten der abgespeckten Version: 90 Millionen DM pro Stück. Bleiben Fragen: Wer bedroht uns eigentlich? Wem nutzt der Bau einer solchen "Wunderwaffe"? Wer bezahlt diese Milliarden-Verschwendung?

Damit es Brehl und Vorndran nicht zu wohl wird . .

DKP Offene Liste

Anträge der DKP-Fraktion zum Haushalt 1993

Auch in diesem Jahr gab es im Stadtparlament zahlreiche DKP-Anträge zum Haushaltsplan.

Hier eine Übersicht:

Gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Die Stadt soll ein politisches Podium veranstalten, das sich mit dem Anwachsen neofaschistischer Kräfte befaßt. Eine multikulturelle Veranstaltung sollte im ersten Halbjahr 1993 stattfinden. Eine Plakataktion soll in beiden Stadtteilen organisiert werden. Die Plakate könnten im Wettbewerb an der Bertha-von-Suttner-Schule entstehen."

Internationale Entwicklung und Zusammenarbeit

Gezielte Förderung und Bereitstellung von finanziellen Mittel für das Agroforestry Projekt in Nyabikenke (Rwanda) und für die Nicaragua-Solidarität

Parlamentarischer Abend

Der Parlamentarische Abend soll nicht stattfinden. Die eingestellten Mittel von DM 5000,- sollen zu Gunsten der Hungernden in Somalia gespendet werden.

Wir fordern

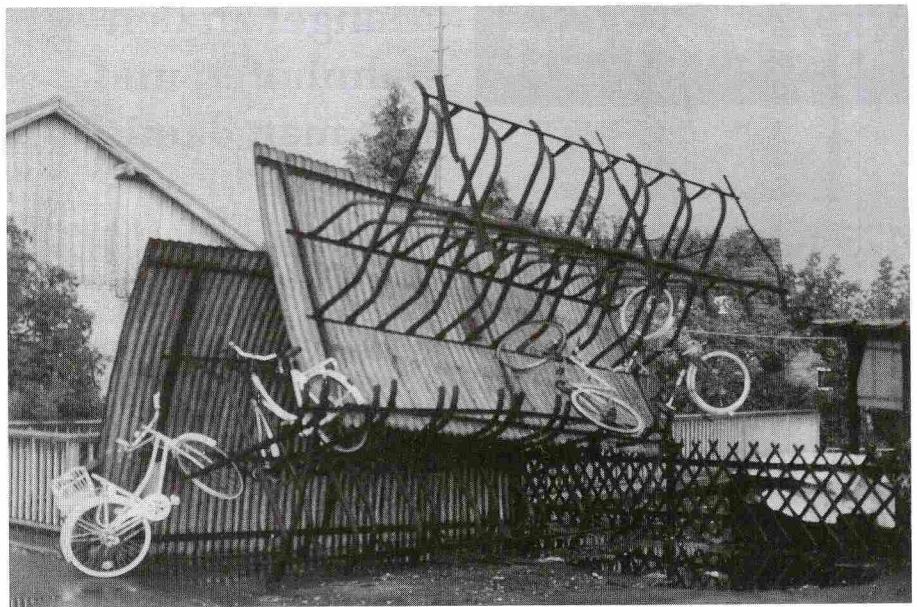
einen Bebauungsplan für den Altstadtbereich Mörfelden, konkrete Konzeptionen für die Anwesen, die Eigentum der Stadt Mörfelden-Walldorf sind.

Straßenreinigungsgebühren

Die Straßenreinigungs-Gebührensatzung der Stadt Mörfelden-Walldorf wird geändert. Durch diese Änderung soll erreicht werden, daß die Straßenreinigung für die Industrie- und Gewerbebetriebe ab 1. Januar 1993 nicht mehr von der Stadt bezuschußt wird.

Spielplatz in Walldorf

Die Stadt soll mit den Grundstückseigentümern in dem Gebiet "Östlicher Teil Walldorf" in Verhandlungen, um einen Spielplatz in diesem Wohngebiet einzurichten.



Kein anderes Bild hätte so deutlich und drastisch die Misere am Mörfelder, aber auch am Walldorfer Bahnhof, dargestellt. Ein Foto von hunderten abgestellten Fahrrädern am Mörfelder Bahnhof, die ohne ordentliche Fahrradständer abgestellt werden müssen, wurde im September "blickpunkt" gezeigt, verbunden mit der Forderung, daß endlich etwas getan werden muß.

Unser heutiges Foto zeigt die veralteten, total verrosteten und nicht mehr genügend befestigten Fahrradständer der Bundesbahn innerhalb des Bahnhofbereiches in Mörfelden. Der letzte Sturm hat sie nun endlich beiseite gefegt, mit den darin angeschlossenen Fahrrädern, die dabei erheblichen Schaden genommen haben.

Auf Antrag der DKP-Fraktion im Stadtparlament wurde dieser Tage beschlossen, daß schnellstens in Walldorf und Mörfelden an den Bahnhöfen, neuzeitliche Fahrradabstellplätze geschaffen werden. Das Geld ist jedenfalls im Haushalt eingestellt. Die Ständer gibt es fertig zu kaufen, mal sehen ob der Bernhard Brehl dies noch vor der Wahl schafft, auf die Bundesbahn ist jedenfalls kein Verlaß. HH

Kinderkrippe in Walldorf

Im Stadtteil Walldorf soll eine Kinderkrippe eingerichtet werden.

Überdachte Fahrradabstellplätze

Im Bereich der Bahnhöfe in Mörfelden und Walldorf sollen umgehend den modernen Erkenntnissen entsprechende überdachte Fahrradabstellplätze eingerichtet werden.

Eingangsbereich der Post in Walldorf

Der Eingangsbereich bei der Post in Walldorf soll umgehend behindertengerecht umgebaut werden.

CDU-Fraktionsräume

Die im Haushaltsplan 1993 vorgesehenen Mittel für Fraktionsräume der CDU sollen gestrichen werden. (Übrigens: Die Gesamtkosten dieser Fraktionsräume beliefen sich bisher auf ca. 180000,- DM, die natürlich von der Stadtkasse bezahlt werden.)

DKP-Antrag angenommen

Die Stadt Mörfelden-Walldorf spricht sich bei der Hessischen Landesregierung und bei der Flugplatz GmbH gegen den weiteren Ausbau des Flughafens Egelsbach aus.

blickpunkt



Jede
Spende hilft,
das
Erscheinen
zu sichern!

Unser
Spendenkonto:

Kreissparkasse Groß-Gerau,
Kto.-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

FRAUEN POWER



Der "Frauentreff" schrieb einen Brief an den Bürgermeister, in dem es u. a. heißt:

Wie bereits in unserem Schreiben an die Fraktionen dargelegt, steht der Verein vor dem Problem, daß die Räumlichkeit zu beengt ist und leider auch nicht immer über die entsprechende Atmosphäre verfügt. Es ist gegenwärtig bereits nicht mehr möglich, daß zwei Frauengruppen zeitgleich tagen können. D.h., es müssen montags, dienstags und mittwochs bereits Frauengruppen abgewiesen werden. Hinzu kommt, daß Frauengruppen den Raum nicht nutzen können, wenn Veranstaltungen stattfinden. Am Donnerstag und Freitag finden jeweils flexible Treffen und Einzelgespräche mit Frauen statt. Ein weiteres Problem stellt die katastrophale Lärm- und Geruchsbelästigung der Küche und die Blockierung des Zuganges zu den Toiletten dar (fettige Treppe und Versperren der Zwischentür durch nicht zulässiges Abstellen von Kochcontainern). Wir weisen darauf hin, daß der Frauen-

treff gezwungen ist, eine "Matratze" vor der Tür als Pufferzone einzusetzen, um die enormen Lärm- und Geruchsbelästigungen einzudämmen. Die Stadt Mörfelden-Walldorf als Bauherr wird gebeten, sich unverzüglich mit dem Wirt diesbezüglich in Verbindung zu setzen. Falls diese erheblichen Mängel in Kürze nicht beseitigt werden, behalten wir uns vor, ggf. das Gewerbeaufsichtsamt einzuschalten.

Diese Probleme wurden auf der Mitgliederversammlung diskutiert und alle Anwesende waren einhellig der Meinung, daß die Forderung nach

neuen Räumlichkeiten (zwei Räume, Teeküche und Büro) zwingend erforderlich ist.

Daher die Bitte, daß bei der zukünftigen Vergabe von städtischen Räumlichkeiten, die Forderungen des Frauentreffs berücksichtigt werden.

Wir möchten zudem darauf verweisen, daß in einer Stadt wie Mörfelden-Walldorf mit ständig steigender Einwohnerzahl, die sozialen Probleme von Frauen nicht weniger werden. Auch aus diesem Grund ist es notwendig, einer Institution wie dem Frauentreff, mehrere Räume in Zukunft zur Verfügung zu stellen.



Kandidaten gewählt

Am 2. Dezember wurden im Bürgerhaus Mörfelden die Kandidatinnen und Kandidaten der "DKP / Offene Liste" gewählt. Insgesamt stehen 15 Personen auf der Liste für die Kommunalwahl 1993. Auf den ersten sechs Plätzen wurden gewählt:

Gerd Schulmeyer,
Herbert J. Oswald,
Helga Fritz,
Rudolf Dötsch,
Rudi Hechler,
Heinz Hechler.

Der Versammlung lag das Kurzprogramm der "DKP / Offene Liste" vor, das im Januar veröffentlicht werden soll.

Nach einem Referat von Rudi Hechler, Fraktionsvorsitzender der DKP, und umfassender Diskussion, verabschiedete die Versammlung eine Entschließung gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, die wir auf Seite 4 abdrucken.

**Linke
Opposition
bleibt
notwendig!**

DKP Offene Liste

Stadtgeschichten



Ein Foto, aufgenommen im November 1916, das uns nachdenklich stimmt. Fünf junge Männer aus Mörfelden trafen sich zu einem Glas Bier im Hof einer Gaststätte, um Abschied zu nehmen. Sie schrieben auf eine Tafel, was sie dachten, knapp zwei Jahre vor Kriegsende, "ob wir uns wiedersehen?" Draußen an der Front tobte ein mörderischer Krieg mit Millionen Toten auf beiden Seiten. Die jungen Leute sehen auf diesem Foto beim ersten Betrachten älter aus, als sie in Wirklichkeit waren. In diesen Zeiten wurden noch halbe Kinder zu Soldaten gemacht. Von einem älteren Mörfelder konnten wir die Namen erfahren, es waren von links: Georg Fritz, Willi Bausen, Wilhelm Schmitt, Fritz Müller und Heinrich Schmitt.



Auf Initiative verschiedener Künstler, der Christlichen Flüchtlingshilfe, der Kulturinitiative Mörfelden-Walldorf und der Stadt Mörfelden-Walldorf findet am

16. Januar 1993, 19.00 Uhr Stadthalle Walldorf
das 1. Multikulti-Konzert in Mörfelden-Walldorf

statt. Es soll ein Zeichen setzen für mehr Verständnis und Toleranz.

Es wirken mit: Houseband, Catch 22, Toninho dos Santos Soda und Gommorhum (Jonglage)

Gemeinsam ein Zeichen setzen - Rassismus und Ausländerhaß - nicht mit uns!

Kartenvorverkauf:

Buch- und Bürohaus Giebel, Mörfelden - Musikschule Kolbe, Mörfelden - »Lichtblick«-Kino, Walldorf